

Ubaldo Villani-Lubelli

# Volk und Nation von der Paulskirche bis zur Weimarer Republik

*Dies Land ist Deutschland.  
Die inneren geistigen Gegensätze Deutschlands  
sind kaum nationale,  
es sind fast rein europäische Gegensätze,  
die beinahe ohne gemeinsame nationale Färbung,  
ohne nationale Synthese einander gegenüberstehen.*  
Thomas Mann, Betrachtung eines Unpolitischen

## 1 Historischer Zusammenhang

Bei der Beschreibung der Nationalbewegungen und des Nationalismus in Europa ist es üblich, mindestens von zwei Konzepten der Nation zu sprechen. Das erste orientiert sich, der französischen Tradition gemäß, am politischen Willen und an subjektiven Merkmalen (z. B. Entscheidung des Bürgers); die Nation ist danach eine politische Gemeinschaft, die auf dem Willen beruht, unter einer bestimmten politischen und staatlichen Ordnung zu leben. Ernest Renan und seine Idee des alltäglichen Plebiszits stehen im Sinne des bewussten Bekenntnisses zu einem politischen Projekt. Die Nation ist nicht in der Vergangenheit, in einer gemeinsamen Geschichte oder in einem Band der Abstammung oder Rasse verwurzelt, sondern in der Gegenwart.<sup>1</sup> Das zweite, deutsch inspirierte Konzept der Nation sieht in der Nation eine Gemeinschaft, die durch vorstaatliche und objektive Merkmale gekennzeichnet ist, d. h. durch vermeintliche Wesensmerkmale wie Sprache, Herkunft und Kultur.<sup>2</sup> Beide Konzepte lassen sich bereits zu der Zeit dokumentieren, als sich die nationale Bewegung zwischen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts herauszubilden begann.<sup>3</sup>

---

1 Renan, Ernest. *Q'est-ce qu'une nation?* (1882). Paris: Honoré Champions, 1997. 37.

2 Vgl. Mommsen, Wolfgang J. *Nation und Geschichte. Über die Deutschen und die deutsche Frage*. München-Zürich: Piper, 1990; Böckenförde, Ernst-Wolfgang. *Die Nation – Identität in Differenz*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999; Dann, Otto. *Nation und Nationalismus in Deutschland, 1770–1990*. München: C. H. Beck, 1996.

3 Die Forschung über die Begriffe Nation und Nationalismus ist freilich weitaus differenzierter als die nachstehende begrenzte Auswahl. Ich zitiere nur einige Bände, die besonders aufschlussreich sind und für den folgenden Beitrag hilfreich waren: Anderson, Benedict. *Imagine Communities*. London, New York: Verso Books, 1983; Wehler, Hans-Ulrich. *Nationalismus. Geschichte –*

1789 definierte Emanuel J. Sieyès die Nation als eine Gruppe von nahestehenden Personen, die dem gleichen Recht unterliegen und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten werden: „Qu'est-ce qu'une nation? Un corps d'associés vivant sous une loi commune et représentés par la même législature“.<sup>4</sup> In diesem Fall ist die Nation eine gemeinsame politische Ordnung und manifestiert sich in der Repräsentation der assoziierten Individuen als reine Einheit des politischen Willens. 1815 führte ein deutsches Lexikon ein weiteres Konzept der Nation an: „Die Bestandteile der Nationalität aber, oder das, was die Nationalität begründet, ist die gleiche Abstammung und Sprache der auf verschiedenen Erdteilen wohnenden Menschen, daher man auch die Nation beschreiben kann, als einen durch gleiche Abstammung und Sprache ausgezeichneten Teil der erdbewohnenden Menschheit.“<sup>5</sup>

Diese Differenzierung der zwei Begriffe, die in der historisch-politischen Kritik weithin anerkannt ist, hat zur Unterscheidung zwischen staatenlosen Völkern (und Nationen) und solchen, die sich in einem bereits existierenden Staat bildeten, geführt. Mit anderen Worten orientierte sich das politische Selbstbewusstsein, das zur Entstehung von Nationen führte, für den Fall, dass es nicht auf einem bereits bestehenden Staat aufbauen konnte, an Kriterien eines früheren Zustands wie Sprache, Herkunft, Geschichte und Kultur – in gewissem Sinne die Nation als Schicksals- statt als Willensgemeinschaft. Dies ist der Fall bei dem Begriff der Nation, der sich in Deutschland im Gegensatz zum französischen politischen Nationalismus entwickelt hat. Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts waren die Deutschen, wie eingangs erwähnt, ein Volk ohne Staat. Mit den Kriegen gegen Napoleon und dem beginnenden nationalen Erwachen Deutschlands, das zum Befreiungskrieg führte, kam es zu einer Veränderung. Sowohl in der Ablehnung der französischen und napoleonischen Herrschaft als auch in der Herausbildung eines Nationalgefühls entwickelte sich ein Selbstbewusstsein der Nation in einem spezifischer politischen Sinne, das mit dem Ideal der Befreiung verbunden war.<sup>6</sup>

---

Formen – Folgen, München: C. H. Beck, 2001; Hobsbawm, Eric. *Nation and Nationalism since 1780*. Cambridge: Cambridge University Press, 1990; Gellner, Ernst. *Nations and Nationalism*, London: Cornell University Press, 1983; Smith, Anthony D. *Theories of Nationalism*. Harper & Row: London, 1971.

4 Sieyès, Emmanuel J. *Qu'est-ce que le tiers état?* Paris: Sipiél, 2002. 5.

5 *Conversations-Lexikon=Enzyklopädisches Handwörterbuch für die gebildeten Stände*. Leipzig-Altenburg: Brockhaus, 1815. 604.

6 Vgl. Dann, Otto. „Deutsche Nationsbildung. Die deutsche Nation“. Hg. Otto Dann. München: SH-Verlag: Vierow, 1994. 9–23; Weichlein, Siegfried. „Nation State, Conflict Resolution, and Culture War, 1850–1878“. *The Oxford Handbook of German History*. Ed. Helmut Welser Smith. Oxford: Oxford University Press, 2012. 283–289; Green, Abigail. *Fatherlands. State-Building and Nation-*

Das Problem besteht offensichtlich darin, dass der Anspruch einer deutschen nationalen Identität nicht auf die Beziehung zu einem Staat und einer politischen Ordnung zählen konnte, weil diese nicht existierten. Daher die notwendigen Hinweise auf natürliche und vorstaatliche Besonderheiten. Diese Eigenschaften wurden nun jedoch mit dem Ziel verwendet, einen Nationalstaat zu schaffen, der zwangsläufig über ein politisches und normatives System verfügen und dieses auch gegenüber den zahlreichen Kleinstaaten des Deutschen Bundes gestalten musste. Der Begriff der Nation beschränkte sich nicht mehr nur auf die kulturelle und geistige Dimension, sondern wurde auch auf ein politisches Konzept zurückgeführt.<sup>7</sup>

Auf diese Weise sollte die Sprach- und Kulturnation der politischen Nation entsprechen, die offensichtlich einen Nationalstaat mit durch die Regionen und Gebiete definierten Grenzen erforderte, in denen eine sprachliche, kulturelle und historische Gemeinsamkeit bestand.

Wenn also für die deutschsprachigen Menschen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre Nation vor allem ein kulturelles Phänomen (mit auch universalistischen Aspekten) und weniger ein politisch-institutionelles Problem (Staatsnation) war, zeigte dieser Ansatz angesichts der politischen Spaltung der Mitte des 19. Jahrhunderts alle seine Grenzen. Vor diesem kurz angedeuteten historisch-konzeptionellen Hintergrund ist die Beziehung zwischen Volk und Nation in der Paulskirche und ihre nachfolgende Entwicklung zu lesen.

---

hood in Nineteenth-Century Germany. Cambridge: Cambridge University Press, 2001; Hawgood, John A. *The Evolution of Germany* (1955), New York: Routledge, 2020, 166–170. Die Ursprünge dieses Nationalgefühls gehen historisch auf eine frühere Epoche zurück, zu der die Reformation Luthers sicherlich beigetragen hat, ein Aspekt, auf den ich hier nicht eingehen kann. Robert von Friedeburg hat diesem Thema und dem Verhältnis zwischen Luthers Erbe und dem modernen Staatsverständnis im deutschen Raum kürzlich ein interessantes Werk gewidmet. Ich verweise auf seine Arbeit: Friedeburg, Robert von. *Luthers Vermächtnis. Der Dreißigjährige Krieg und das moderne Verständnis vom Staat im alten Reich, 1530er bis 1790er Jahre*. Frankfurt am Main: Klossermann, 2021.

<sup>7</sup> Zum Beispiel formulierte Ernst Moritz Arndt den Zusammenhang zwischen der kulturellen und politischen Dimension in „Was ist des Deutschen Vaterland“; dazu kommt auch selbstverständlich *Das Lied der Deutschen*. Darüber hinaus weise ich auf Fichtes Rede an die deutsche Nation aus den Jahren 1806–1807 hin (vgl. Fichte, Johann Gottlieb. *Reden an die deutsche Nation*, Hamburg: Meiner, 2008). Vgl. auch Jansen, Christian. Ernst Moritz Arndt, in: *Handbuch der völkischen Wissenschaften* (Bd. 2). Hg. Michael Fahlbusch, Ingo Haar, Alexander Pinwinkler. Berlin–Boston: Walter de Gruyter, 2017. 39–43.

## 2 Volk und Nation in der Nationalversammlung der Paulskirche

Einer der zentralen Streitpunkte der Paulskirchenversammlung war die Frage, ob der neue deutsche Staat kleindeutsch (ohne Österreich) oder großdeutsch (die deutschen Länder Österreichs einschließend) sein sollte. Wie das Verhalten gegenüber den bestehenden deutschen Teilstaaten und Dynastien zeigte, plante die Paulskirche nicht, die machtpolitische Veränderung in der Mitte Europas durch einen abrupten Bruch mit der Vergangenheit und einen schlagartigen gezielten Einsatz von Machtmitteln herbeizuführen.<sup>8</sup> Das Problem des deutschen Territoriums und der Grenzen Deutschlands war in dieser besonderen historischen Phase sehr schwer zu lösen, aber zweifellos blieb es auch später, wenngleich mit unterschiedlichen Merkmalen, bestehen und hat die deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert stark geprägt.

Sehr aufschlussreich für die Frage nach Volk und Nation in der Nationalversammlung der Paulskirche ist eine Untersuchung der Verfassung von 1849. Das Wort Volk erscheint im Text siebenunddreißig Mal in folgenden unterschiedlichen Wortzusammenhängen: viermal ‚Völkerrechtlich‘, dreizehnmal Volkshaus, dreimal Volksschulen, einmal Volksstämme, einmal Volksthümliche, fünfmal Volk (e) und neunmal Volksvertretung. Nur in einem Fall wird jedoch auf die Vielzahl der Staaten hingewiesen, aus denen das deutsche Volk besteht: „Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden“ (Art. 131). In einem anderen Fall wird auf die Volksstämme Deutschlands Bezug genommen: „Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege“ (Art. 188).

Der Begriff Nation hingegen erscheint in der Verfassung von 1849 nur einmal als ‚Nationalversammlung‘.

Diese Daten zeigen erstens, dass die Begriffe Volk und Nation im Text überhaupt nicht eindeutig verwendet wurden, zweitens, dass diesen Begriffen damals noch kein klares Vorhaben eines deutschen Staates zugrunde lag.

---

<sup>8</sup> Darüber ist die Forschung umfangreich, vgl. Visionen eines zukünftigen Deutschlands: Alternativen zur Paulskirchenversammlung 1848/49 (3 Bde). Hg. Horst Dippel, Berlin: Duncker&Humblot 2017; Wollstein, Günter. Das ‚Großdeutschland‘ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf: Droste, 1977. 309; Kolb, Eberhard. Die kleindeutsche Reichsgründung. Die deutsche Nation. Hg. Otto Dann, Vierow: SH-Verlag, 1994. 45–49; Eley, Geoff. From Unification to Nazism. Reinterpreting the German Past (1986), New York: Routledge, 2020. 65; Hawgood, John A. The Evolution of Germany (1955). New York: Routledge, 2020. 106–108.

Das Scheitern des politisch-institutionellen Projekts der Paulskirche und die Schwierigkeit, ein Gleichgewicht oder eine politisch-institutionelle Synthese zwischen dem Österreichischen Reich und Preußen zu finden, führten zu einem Spannungsverhältnis zwischen dem kulturellen Nationalismus (zumindest in seiner ursprünglichen Phase mit teilweise universalistischen Merkmalen) und dem politischen Nationalismus, der nach einer politisch-institutionellen Einheit strebte. Das wurde in Deutschland zunächst 1848 sinnfällig, als die revolutionäre Staatsbildung nicht zuletzt am bitteren Streit zwischen den unterschiedlichen Gestaltungsentwürfen scheiterte, und erst recht 1871, als die Reichsgründung fast unmittelbar einen Ruf nach der inneren Nationsbildung (Bismarck), einen nach inneren Feinden suchenden, purifizierenden Nationalismus und schließlich auch imperiale Weltmachtträume zur Folge hatte.

### **3 ... durch Eisen und Blut!**

Die von Bismarck betriebene deutsche Einigung (1871), die die deutschen Staaten und Dynastien zusammenführte, stand im Gegensatz zu den revolutionären Idealen und liberalen und demokratischen Bestrebungen von 1848 und war ein Einigungsprojekt, das sich eher auf preußische Stärke und Macht bezog: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut“.<sup>9</sup> Bismarck führte den Prozess der nationalen Einigung durch, indem er den Bund des Nordens und des Südens in einer Reihe von Sitzungen seiner Regierungsdelegationen in Versailles zusammenbrachte, wo das Deutsche Reich ausgerufen wurde (18. Januar 1871). Es war sicherlich der Höhepunkt von Bismarcks Werk und die größte Demütigung für Frankreich. Doch war das Deutsche Reich verfassungsrechtlich kein echter Bundesstaat, sondern mehr ein Staatenbund. Preußen hatte eine hegemoniale Position inne. Dem Reichskanzler gelang es, geschickt zwischen den verschiedenen institutionellen Kompetenzen zu vermitteln, da er wusste, dass er das Vertrauen des Herrschers genoss.

Für die deutsche Geschichte nach der Französischen Revolution war die verfassungsmäßige Zentralität des monarchischen Prinzips bis zum Ersten Weltkrieg einer der am stärksten konsolidierten Punkte. Das deutsche monarchische Prinzip hatte sicherlich seine eigenen Merkmale. Neben der Bedeutung der souveränen

---

<sup>9</sup> Rede Bismarcks in der Budget-Kommission des Preußischen Landtags vom 30.9.1862, vgl.: Bismarck, Otto. Die gesammelten Werke. Friedrichsruher Ausgabe, Bd. 10: Reden. Bearb. von Wilhelm Schußler. Berlin: Verlag für Politik und Wissenschaft, 1928. 140.

Macht gab es im Gegensatz zu Frankreich und England, wo sich der Mechanismus der Gewaltenteilung entwickelt hatte, im deutschen Raum eher eine direkte Beteiligung der Klassen am politischen und verfassungsmäßigen Leben auf der Grundlage von Prinzipien der traditionellen, nicht immer rechtlichen Legitimität. Darüber hinaus spielte das deutsche Bürgertum eine wichtige Rolle.<sup>10</sup> Die Geschichte der deutschen Verfassung des 19. Jahrhunderts und die Entwicklung des Reichszustands drückten den Versuch aus, den Gegensatz zwischen dem monarchischen und dem repräsentativen Prinzip zu überwinden.

1903 beschrieb Otto Hintze diese Widersprüche und erklärte in dem Text ‚Rasse und Nationalität und ihre Bedeutung für die Geschichte‘:

Wir haben es infolge der historisch erwachsenen Schwierigkeiten nicht vermocht, einen Staat zu bilden, der die ganze deutsche Nation umfaßt; und unser Reich ist kein Einheitsstaat geworden, sondern ein Bundesstaat, in dem die Absonderung der Stämme noch keineswegs völlig überwunden ist. Die deutsche Nationalität ist dabei auch keine so einheitliche und homogene wie die der Engländer und Franzosen; ihr fehlt noch der feste, gleichmäßige Rassencharakter, und das ist ein Mangel, der sich namentlich an der Stellung der Deutschen im Ausland zeigt. Weil unsere Nationalität diese feste physische Grundlage noch entbehrt, weil sie nur im Gemüt und nicht auch im Geblüt steckt, darum ist der Deutsche im Ausland so leicht in Gefahr, sein Deutschtum zu verlieren, darum behauptet er seine Nationalität nicht mit derselben Zähigkeit und Selbstverständlichkeit wie der Franzose oder gar der Engländer.<sup>11</sup>

In diesem berühmten Absatz berücksichtigt Otto Hintze die offenen Fragen der deutschen Nation und ihres Volkes auch im Unterschied zur französischen Tradition. Des Weiteren zeigt sich auch die Besonderheit des deutschen Nationsbegriffes im Vergleich zu anderen europäischen Traditionen.<sup>12</sup> Er geht davon aus, dass die Deutschen mit der Verwirklichung des Bundesstaats im Jahr 1871 sogar Gefahr laufen könnten, ihr Deutschtum zu verlieren.

Die mit der Einigung von 1871 konsolidierte Spaltung zwischen kulturellem und politischem Nationalismus führte aber auch zu einem mehrdeutigen und teilweise widersprüchlichen Verhältnis zwischen Nationalismus, Weltpolitik und Imperialismus. Nichtsdestoweniger entwickelte das Deutsche Reich eine eigene im-

<sup>10</sup> Schiera, Pierangelo. *Il laboratorio borghese. Scienza e politica nella Germania dell'Ottocento*. Bologna: il Mulino, 1987. Vgl. auch Senigaglia, Cristiana. „The debate on democratization and parliament in Germany from 1871 to 1918“. *Parliaments, Estates & Representation*, 40.3 (2020): 290–307.

<sup>11</sup> Hintze, Otto. *Soziologie und Geschichte*. Hg. Gerhard Oestreich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1964. 61–65.

<sup>12</sup> Vgl. auch Plessner, Helmut. *Gesammelte Schriften VI. Die verspätete Nation*. Hg. Günter Dux, Odo Marquard und Elisabeth Ströker, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1982. 58–81.

periale Weltpolitik.<sup>13</sup> Nicht zu übersehen ist jedoch, dass es zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und dem Beginn des 20. Jahrhunderts einen „Kulminationspunkt des nationalistischen Zeitalters“ gab, wie Hintze feststellt, der schreibt:

Regen sich in der Epoche der Weltpolitik nicht vielleicht schon neue, übernationale Mächte? Es fehlt nicht an Stimmen, die das behaupten, auch außerhalb der Lager jener Parteien, die ihrem Wesen nach international gesinnt sind. Ich will nur eine dieser Stimmen anführen: die Friedrich Nietzsches. Er hat es für das Strebeziel jedes vernünftigen Menschen im 19. Jahrhundert erklärt, ‚ein guter Europäer zu werden‘, statt eines guten Deutschen oder Franzosen. Mit solchen Stimmungen, die die kosmopolitischen Schwärmereien aus der Zeit unserer klassischen Literatur wieder aufnehmen, verbinden sich heute auch wohl politische Zukunftsräume, in denen die europäischen Nationen zu einem großen Staatenbunde oder wenigstens zu einem Zoll- und Handelsbunde geeinigt erscheinen. Rings um uns her haben sich Riesenreiche gebildet, und sie werden sicher noch wachsen an Ausdehnung und Stärke. England mit seinem Kolonialreich, Rußland mit seinem asiatischen Besitz und Einfluß, Amerika mit seiner Monroe-Doktrin und seinem Hochschutzzollsystem – das sind Kolosse, gegen deren wirtschaftliches und politisches Schwergewicht die Staaten des alten Europa (so meint man) sich als gleichberechtigt nur behaupten können, wenn sie sich einmütig zusammenschließen zu einem größeren Ganzen. Patriotischer Ehrgeiz hat wohl davon geträumt, daß in diesem Staatenbunde Deutschland die führende Macht sein werde. ... Daß es so etwas geben kann in der modernen Welt, das zeigen uns England, Amerika, Frankreich. Wir haben ein Material von Menschen, so edel wie nur irgendeine Nation der Welt. Sorgen wir dafür, daß auch ein festes, kompaktes, einheitliches Volkstum daraus werde, das nicht bloß im Gemüt, sondern auch im Geblüt steckt, die deutsche Rasse der Zukunft!<sup>14</sup>

In diesem Abschnitt von Hintze treten alle Unklarheiten im Verhältnis zwischen patriotischer Referenz, Weltpolitik und sogar Europäismus zutage. An dieser Stelle vertritt Hintze die Notwendigkeit einer deutschen Nation innerhalb eines europäischen Staatenbundes, in dem Deutschland eine führende Rolle spielen soll. Einerseits handelt es sich um einen geopolitischen Anhaltspunkt, andererseits bestätigt diese Stellungnahme, wie tief die deutsche Frage und die Bedeutung des deutschen Nationsbegriffs mit der Europaidee verbunden war bzw. ist.

<sup>13</sup> Vgl. Smith, Helmut Walser. „Authoritarian State, Dynamic Society, Failed Imperialist Power, 1878–1914“. The Oxford Handbook of German History. Hg. Helmut Walser Smith. Oxford: Oxford University Press, 2015. 307–335.

<sup>14</sup> Hintze, Otto. Soziologie und Geschichte. Hg. Gerhard Oestreich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1964. 63. Vgl. auch Zimmerman, Andrew. Race and World Politics: Germany in the Age of Imperialism, 1878–1914. The Oxford Handbook of German History. Hg. Helmut Walser Smith. Oxford: Oxford University Press, 2015. 359–377 und Breuer, Stefan. Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2008.

## 4 Max Weber über Volk und Nation

Ein radikaler Paradigmenwechsel in der Interpretation der Begriffe Volk und Nation wurde erst mit Max Weber möglich, der als Erster eine völlig neue Deutung vorschlug und auch die politisch-institutionelle Entwicklung in der Weimarer Republik maßgeblich beeinflusste.

Max Weber dekonstruierte den deutschen Nationsbegriff – ein nach Sprache, Sitte und Schicksal zusammengehöriges Stück Menschheit – und wies dieses Stück Menschheit als Ergebnis eines politischen Willens aus. Damit formulierte er in *Wirtschaft und Gesellschaft* einen ganz neuen Begriff der Nation:

„Nation“ ist ein Begriff, der, wenn überhaupt eindeutig, dann jedenfalls nicht nach empirischen gemeinsamen Qualitäten der ihr Zugerechneten definiert werden kann. Er besagt, im Sinne derer, die ihn jeweilig brauchen, zunächst unzweifelhaft: daß gewissen Menschengruppen ein spezifisches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber zuzumuten sei, gehört also der Wertsphäre an ... „Nation“ im üblichen Sprachgebrauch ist zunächst nicht identisch mit „Staatsvolk“, d. h. der jeweiligen Zugehörigkeit [zu] einer politischen Gemeinschaft. Denn zahlreiche politische Gemeinschaften (so Österreich [von 1918]) umfassen Menschengruppen, aus deren Kreisen emphatisch die Selbstständigkeit ihrer „Nation“ den anderen Gruppen gegenüber betont wird, oder andererseits Teile einer von den Beteiligten als einheitliche „Nation“ hingestellten Menschengruppe (so ebenfalls Österreich). Sie ist ferner nicht identisch mit Sprachgemeinschaft, denn diese genügt keineswegs immer (wie bei Serben und Kroaten, Amerikanern, Iren und Engländern), sie scheint andererseits nicht unbedingt erforderlich (man findet den Ausdruck „Schweizer Nation“ auch in offiziellen Akten neben „Schweizer Volk“), und manche Sprachgemeinschaften empfinden sich nicht als gesonderte „Nation“ (so, wenigstens bis vor kurzem, etwa die Weißrussen). ... Daß „nationale“ Zugehörigkeit nicht auf realer Blutsgemeinschaft ruhen muß, versteht sich vollends von selbst: überall sind gerade besonders radikale „Nationalisten“ oft von fremder Abstammung. Und vollends ist Gemeinsamkeit eines spezifischen anthropologischen Typus zwar nicht einfach gleichgültig, aber weder ausreichend zur Begründung einer „Nation“, noch auch dazu erforderlich. ... ethnisches Zusammengehörigkeitsgefühl haben auch die Weißrussen den Großrussen gegenüber zweifellos immer gehabt, aber das Prädikat einer besonderen „Nation“ [529] würden sie selbst jetzt schwerlich für sich in Anspruch nehmen.<sup>15</sup>

Im *Volk* sah Weber nur ein anderes Wort für *Stamm*. Insofern steht der Begriff der Nation bei Weber ganz in der deutschen Tradition; nichtsdestoweniger untermauert er ihn jedoch mit dem Prinzip der Solidarität (*ein spezifisches Solidaritätsempfinden*). Verbinden wir Webers Nationsbegriff mit der während der Übergangsphase und vor den Wahlen zur Nationalversammlung von 1919 angestellten Überlegung zu ‚Deutschlands künftiger Staatsform‘, deutet sich das Gesamtbild ei-

---

<sup>15</sup> Weber, Max. *Wirtschaft und Gesellschaft*. Politische Gemeinschaften, Kap. VIII, Tübingen: Mohr Siebeck, 1980. 528–529.



nes Paradigmenwechsels an. Obwohl Max Weber die parlamentarische Monarchie als die für die Demokratisierung Deutschlands zweckmäßigste institutionelle Form anerkannte, betrachtete er die entstehende Republik als den sichersten Weg für die Lösung der großdeutschen Frage:

Die Republik als Staatsform scheint zur Zeit der sicherste Weg, das großdeutsche Problem, welches jetzt vor uns steht, einer Lösung entgegenzuführen. Wir müssen für die Staatsform eintreten, welche gestattet, die möglichste Höchstzahl von Deutschen in einem Verband zu einigen. Ob dies für Österreich und Bayern in normalen Zeiten auf die Dauer die Republik sein würde, mag jetzt dahingestellt bleiben. Für die Gegenwart scheint es so zu sein, und, wenn es so ist, so sind daraus die Konsequenzen zu ziehen.<sup>16</sup>

In diesem außerordentlichen Text berücksichtigt Max Weber die wichtigen Themen der entstehenden Republik mit einer klaren historischen Retrospektive:

Mit unzulänglichen dilettantischen Kräften steht die politisch ungeschulte Nation vor der Aufgabe, an die Stelle von Bismarcks Werk etwas anderes zu setzen. Denn dieses Werk ist dahin. Schon aus Gründen der Außenpolitik, die ja bei seinem Aufbau sehr stark mitspielten. Einmal weil das dynastische Österreich zerfällt, – von Bismarcks Standpunkt aus gesehen eine Veranstaltung, welche die Zugehörigkeit von 10 Millionen Deutschen zum Reich opferte, um 30 Millionen Nichtdeutsche politisch zu neutralisieren. [...] Weil die militaristische Epoche der deutschen Geschichte zu Ende ist. Weil schließlich jedenfalls die bisherige dynastische Lösung des kleindeutschen Problems für die Zukunft ebensowenig wie dieses selbst in Betracht kommt. Was nun? Obwohl diese Vorfrage zur Zeit praktisch entschieden scheint, fragen wir doch noch einmal: parlamentarische Monarchie oder Republik? [...] Die Interessen und Aufgaben der Nation stehen uns turmhoch über allen Gefühlen. Ebenso über allen Fragen der politischen Form überhaupt. Auch deren Gestaltung ist uns aber zunächst ein nüchternes staatstechnisches Problem und nicht eine Gefühlsangelegenheit. [...] es ist für die Entwicklung dieses nationalen Selbstgefühls schlimm, daß die Demokratie zu uns nicht, wie in Holland, England, Amerika, Frankreich, in Verbindung mit erfolgreichen Kämpfen oder, wie wir es erstrebt hatten, in Verbindung mit einem ehrenvollen Frieden gekommen ist, sondern im Gefolge einer Niederlage. Die schmachvolle Konkursliquidation des alten Regimes, mit der sie belastet ist, tritt hinzu, um ihre Zukunft politisch zu verdüstern. Es sind zunächst nicht frohe Tage, die sie der Nation versprechen kann. Die Republik ist eine Saat auf Hoffnungen, von denen wir heute nicht wissen, ob sie alle erfüllt werden.<sup>17</sup>

Dabei verbindet Max Weber mit theoretischer und historisch-politischer Klarsicht alle kontroversen Fragen und Zukunftsperspektiven des deutschen Staates. Gleichzeitig stellt er jedoch eine völlig neue Perspektive vor: Ausgehend von einer

---

**16** Weber, Max. Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden. Deutschlands künftige Staatsform, 1918–1920, Tübingen: Mohr Siebeck, 1991. 28.

**17** Weber, Max. Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden. Deutschlands künftige Staatsform, 1918–1920, Tübingen: Mohr Siebeck, 1991. 25–26 und 29.

Kritik an der von Bismarck durchgeführten Einigung (1871) – mit ihren außenpolitischen und militaristischen Implikationen – schlägt er eine Argumentation vor, die den technischen Staat bzw. die institutionelle Frage in den Mittelpunkt rückt. Schließlich wird das Problem der Bedingungen für die Entstehung der Demokratie in Deutschland hervorgehoben, das bekanntlich ein unüberwindbares Hindernis für den Erfolg der Weimarer Republik blieb.

## 5 Volk und Nation in der Weimarer Republik

Ausgehend von der oben beschriebenen theoretischen und historischen Analyse möchte ich abschließend auf den folgenden Punkt aufmerksam machen.

In diesem Beitrag sollte nicht nur ein kurzer Gesamtüberblick über die Entwicklung der Begriffe ‚Volk‘ und ‚Nation‘ von der Paulskirche bis zur Weimarer Republik gegeben, sondern auch gezeigt werden, wie diese Begriffe mit der Entstehung der ersten deutschen Demokratie umgewandelt wurden. Mit der Weimarer Republik begann eine ganz andere Geschichte dieser Begriffe, die mit der Geburt einer neuen Staatsform und politischen Kultur verbunden ist. Als Beispiel könnte man die Figur von Friedrich Ebert, dem ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Wie keine andere deutsche Persönlichkeit der ersten deutschen Demokratie hat sich Friedrich Ebert für die Stärkung der politischen Institutionen und für die nationale Republik engagiert. Unter den vielen Initiativen, die Friedrich Ebert ergriffen hat, könnte man zwei nennen. Die erste stammt aus der Zeit, als der Sozialdemokrat Friedrich Ebert noch Mitglied und Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten war und Deutschland in der Übergangsphase zwischen Herbst 1918 und den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 regierte. In einer Rede im Dezember 1918 versuchte Ebert, die heimkehrenden Truppen zu überzeugen, die Einheit der Nation zu retten:

Kameraden, willkommen in der Deutschen Republik, herzlich willkommen in der Heimat, die sich nach Euch gesehnt hat [...] Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt. Neues ist geworden, die deutsche Freiheit ist erstanden. Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unseren Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt. Es hat sich selbst zum Herrn über das eigene Geschick gemacht. Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Freiheit. Ihr seid die stärksten Träger der deutschen Zukunft. Niemand hat schwerer als Ihr unter der Ungerechtigkeit des alten Regimes gelitten, an Euch haben wir gedacht, als wir mit einem verhängnisvollen System aufräumten, für Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit ihr Recht errungen [...] Nun liegt Deutschlands Einheit in Eurer Hand, sorgt Ihr dafür, daß Deutschland beieinander bleibt, daß nicht das alte Kleinstaatenelend uns wieder übermannt, daß nicht die alte Zerrissenheit unsere Niederlage vervollständigt. Rettet Ihr die Einheit der deutschen Nation, die Ihr nun Bürger werdet der einen, der

untrennbaren Deutschen Republik! [...] Bald schlägt die ersehnte Stunde des Friedens, bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit und die Republik fest verankern, durch den unantastbaren Willen des ganzen deutschen Volkes [...] Ihr sollt mitschaffen an dem großen Werk einer neuen deutschen Zukunft.<sup>18</sup>

Diese Rede, die Ebert am 10. Dezember 1918 vor den aus dem Krieg zurückgekehrten Soldaten hielt, ist ein wichtiges Beispiel für den Versuch, eine deutsche Nation und ein deutsches Volk auf neuer Grundlage zu bilden. Abgesehen von der Frage, ob diese Rede ein Erfolg war oder nicht, sei darauf hingewiesen, dass Ebert bereits 1918 die Begriffe *Einigkeit*, *Recht* und *Freiheit* verwendet hat. Die zweite Initiative geht auf den 11. August 1922 zurück, als Ebert zum dritten Jahrestag des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung eine offizielle Mitteilung herausgab, von der einige wichtige Passagen anzuführen sind:

Vor drei Jahren, am 11. August, hat sich das deutsche Volk seine Verfassung gegeben, das Fundament seiner Zukunft. Diesen Tag wollen wir, trotz aller Not der Gegenwart, mit Freude und Hoffnung begehen. [...] Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Trennung der Stämme. Wir wollen Recht. Die Verfassung hat uns nach schweren Kämpfen Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten. Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede dieses Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten. [...] In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein.<sup>19</sup>

Wie in der Rede wird auch in dieser Mitteilung der Versuch deutlich, die deutsche Nation und das deutsche Volk im Zeichen aufgeklärter Prinzipien zu einigen. *Einigkeit*, *Recht* und *Freiheit* waren die Schlüsselbegriffe und -konzepte der Erklärung Eberts, in der er Hoffmann von Fallerslebens (1798–1874) Deutschlandlied als offizielle Hymne der Republik proklamierte, aber auch die Werte, auf die sich die Weimarer Demokratie gründete und auf deren Basis die Gründerväter nach dem Ersten Weltkrieg und den Ereignissen von 1918/19 eine neue Seite der deutschen Politikgeschichte aufschlagen wollten.

Das immer wiederkehrende Problem der deutschen Grenzen, d. h. die Alternative zwischen den kleindeutschen und den großdeutschen Grenzen, das Deutschland im Laufe des 19. Jahrhunderts beschäftigt hatte, war auch während

---

<sup>18</sup> Ebert, Friedrich. Ansprache an die Heimkehrenden Truppen. Politische Reden III. Hg. Peter Wende, Frankfurt am Main: Deutscher Klassiker Verlag, 1994. 94–96.

<sup>19</sup> Ebert, Friedrich. Friedrich Ebert – Reden als Reichspräsident (1919–1925). Hg. Walter Mühlhausen, Bonn: Dietz, 2016. 212–213.

der Weimarer Republik präsent. Es wurde durch den Vertrag von Versailles noch verschärft. Ich zitiere Gustav Radbruch, der 1924 erklärte:

[...] die deutsche Nation endet nicht an den deutschen Grenzen, sie umfaßt die deutschen Minderheiten in allen Gebieten, die unser geschichtliches Schicksal von dem Gebiete des Deutschen Reiches getrennt hat. Sie umschließt vor allem unsere Stammesbrüder in Deutschösterreich.<sup>20</sup>

Am Anfang des Endes der ersten deutschen Demokratie stand genau dieses Problem, das ein Erbe der Paulskirche war. Natürlich wurde die Weimarer Republik durch eine verhängnisvolle Kombination aus ökonomisch-strukturellen und psychologisch-gefühlsmäßigen Gründen, Frustrationen, Angst und Revanchismus, neoromantischem Nationalismus und imperialistischen Triebkräften in die Krise gestürzt; dazu kam die ewige (geopolitische) Unentschlossenheit Deutschlands zwischen der europäischen Kulturheimat und dem auf die Eroberung eines ‚Lebensraums‘ ausgerichteten nationalistischen Sonderweg.<sup>21</sup> Aus all diesen Gründen wurde die demokratische Republik als im Wesentlichen antideutsch wahrgenommen, als eine strafende Verhängung des so genannten Materialismus der Zivilisation zum Nachteil der deutschen nationalen Kultur. Aber die mystische Darstellung der Prinzipien, aus denen die Weimarer Republik entstanden ist, ist ein Zeichen für einen radikalen, fast revolutionären Wandel, der durch das gewagte demokratische Experiment von 1919 repräsentiert wird.

Tatsächlich markiert die Weimarer Republik mit all ihren historischen Grenzen und auch unter Berücksichtigung des umstrittenen Verfassungssystems den Beginn des Konzepts einer Nation, die auf politisch-institutionellen Grundlagen in klarer Diskontinuität zur früheren deutschen Tradition beruht. Darüber hinaus war die Weimarer Republik ein Versuch, dem Deutschen Reich eine neue institutionelle Form auf der Grundlage des politischen Willens zum Aufbau einer neuen politischen und rechtlichen Ordnung zu geben. Die Weimarer Verfassung, die zwar einige Elemente der Kontinuität mit der Verfassung der Paulskirche auf-

---

**20** Radbruch, Gustav. Gesamtausgabe, Bd. 14: Staat und Verfassung (1924). Heidelberg: Müller Verlag, 2002. 86. Vgl. auch Fahlbusch, Michael. Volk ohne Raum – Raum ohne Volk. Der lange Schatten der Deutsch-Völkischen in der Weimarer Republik. Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, Hg. Heitren Kämper. Berlin: Walter de Gruyter, 2014. 253–283.

**21** Vgl. Fahlbusch, Michael. Grundlegend, Kontext und Erfolg der Geo- und Ethnopolitik vor 1933. Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist. Band 1.1 1890 bis 1945. Hg. Irene Diekmann, Peter Krüger, Julius H. Schoeps. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg, 2000. 103–146. Mommsen, Hans. Nationalismus in der Weimarer Republik. Die deutsche Nation. Hg. Otto Dann, Vierow: SH-Verlag. 83–95; Herbert, Ulrich. Das dritte Reich. Geschichte einer Diktatur, München: C. H. Beck, 2016. 25–31.

weist, aber insbesondere an die Grundrechte denkt, verweist auf eine völlig neue Vorstellung von einer deutschen Nation.

